

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM AUGUST 2022¹

IN KÜRZE

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT HAT SICH IM ERSTEN HALBJAHR ALS WIDERSTANDSFÄHIG ERWIESEN. Trotz Krieg in der Ukraine und der in dessen Folge drastisch gestiegenen Energiepreise blieb die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal gegenüber Vorquartal unverändert.

INSGESAMT HAT SICH DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT IM ERSTEN HALBJAHR besser entwickelt als von vielen Beobachtern erwartet. Allerdings sorgen die seit Mitte Juni reduzierten Gaslieferungen, die nochmals gestiegenen Energiepreise, die fortwirkenden Lieferengpässe sowie die allgemein erhöhte Unsicherheit für deutlich schlechtere Aussichten für das zweite Halbjahr.

DIE DEUTSCHE INDUSTRIE ERHOLTE SICH AUCH IM BERICHTSMONAT JUNI weiter von dem externen Schock, den sie durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erlitten hatte. Die Produktion und der Export von Waren legten zu. Die Nachfrage allerdings verlief bei abgekühltem Geschäftsklima schwach. Der Ausblick für die Industriekonjunktur im zweiten Halbjahr bleibt angesichts der großen Unsicherheit zurückhaltend.

DIE UMSÄTZE IM EINZELHANDEL VERZEICHNETEN BINNEN JAHRESFRIST aufgrund von hohen Preissteigerungen in realer Rechnung den größten Rückgang seit dem Jahr 1994. Vor dem Hintergrund kräftiger Preisniveausteigerungen im Einzelhandel setzte das Konsumklima seine Talfahrt weiter fort.

DIE INFLATIONSRATE GING VON JUNI AUF JULI ZUM ZWEITEN MAL hintereinander leicht auf 7,5 % zurück. Das entspricht einer Abnahme um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (Juni: +7,6 %). Die Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, das Neun-Euro-Ticket und seit Juli auch die Abschaffung der EEG-Umlage haben den Preisauftrieb leicht gedämpft. Die Energieträger verteuerten sich etwas schwächer, aber erneut kräftig. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln verzeichnete ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung.

DER ARBEITSMARKT ZEIGTE SICH WEITERHIN VERGLEICHSWEISE ROBUST, auch wenn die Fluchtmigration aus der Ukraine sich erneut deutlich auf die Arbeitslosigkeit auswirkte. Die Geflüchteten dürften auch in den kommenden Monaten zu weiteren Anstiegen bei der registrierten Arbeitslosigkeit führen. Gleichzeitig stieg die Zahl der offenen Stellen im zweiten Quartal auf ein Allzeithoch. Der steigende Personalbedarf erfasst fast alle Branchen. Auch für den Arbeitsmarkt ist das größte Risiko ein Gaslieferstopp aus Russland, der zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen dürfte.

FÜR MAI 2022 MELDETEN DIE DEUTSCHEN AMTSGERICHTe mit 1.242 beantragten Unternehmensinsolvenzen in etwa genauso viele Insolvenzen wie im Vormonat April 2022. Insgesamt lagen die beantragten Unternehmensinsolvenzen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 um 4 % unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Aktuelle Frühindikatoren und Umfragen deuten – trotz der gestiegenen Risiken – auf keinen signifikanten Anstieg in naher Zukunft hin.

Die konjunkturelle Stimmung in Deutschland ist weiterhin zweigeteilt. Einerseits haben sich wichtige Kennzahlen für die deutsche Wirtschaft im Juni positiv entwickelt. So stiegen die Industrieproduktion und die Warenexporte an und die Warenimporte liegen weiter auf hohem Niveau. Andererseits deuten vorausschauende Indikatoren und Stimmungsdaten wie die Auftragseingänge und das ifo-Geschäftsklima auf eine Verschlechterung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr hin. Vor allem die reduzierten Gaslieferungen aus Russland drücken die Stimmung und eine weitere Drosselung stellt das Hauptrisiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dar.

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT HAT SICH IM ERSTEN HALBJAHR WIDERSTANDSFÄHIG GEZEIGT – AUSBLICK WEITER VON UNSICHERHEIT GEPRÄGT

Die Lage bei den weltweiten Lieferketten bleibt ebenfalls angespannt, auch wenn sich das Frachtvolumen aus China zuletzt wieder erholte. Die Engpässe dürften jedoch im zweiten Halbjahr anhalten, sodass die Aussichten für den deutschen Außenhandel verhalten ausfallen. Die Unsicherheit und die hohe Inflation wirkten belastend auf das Konsumklima: Die Einzelhandelsumsätze waren zuletzt wieder rückläufig. Die Inflationsrate sank im Juli zwar erneut leicht auf plus 7,5 %, liegt damit aber immer noch auf einem Niveau wie während der ersten Ölkrise im Winter 1973/74 im früheren Bundesgebiet. Nach wie vor sind es vor allem die Preise für Energie und Nahrungsmittel, die die allgemeine Teuerung treiben. Der eingeführte Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket sorgten allerdings für eine gewisse Entlastung. Die weitere Entwicklung des Preisniveaus hängt vor allem am Fortgang der Energielieferungen aus Russland sowie an der Reaktion der EZB auf die hohen Inflationsraten.

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 12. August 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (Bbk)

Insgesamt zeigt sich aber ein solides erstes Halbjahr, in dem die deutsche Wirtschaft einige Widerstandskraft bewies: Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal nach neuen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes merklich aufwärts korrigiert worden und robust gewachsen. Im zweiten Quartal wurde dieses Niveau gehalten. Mancher Beobachter hatte in diesem Zeitraum eine rückläufige Entwicklung erwartet. Die bisherige Entwicklung war also besser als gedacht.

WELTWIRTSCHAFT ERHOLT SICH LANGSAM – AUSBLICK BLEIBT ABER VERHALTEN

Die Weltwirtschaft ist dabei, den externen Schock durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu verkraften. Die weltweite Industrieproduktion wurde im Mai um lediglich 0,4% gegenüber dem Vormonat erhöht, nachdem sie im März sowie im April gedrosselt worden war (-1,0% bzw. -2,3%). Der Welthandel indes konnte im Mai (+2,5%) die Abnahme aus dem März (-1,2%) nach zwischenzeitlicher Stagnation im April (+0,0%) wiedergutmachen. Dennoch wird der Welthandel von der Störung der Lieferketten gedämpft. Es stauen sich derzeit vermehrt Schiffe in der Nordsee vor den Häfen Deutschlands, der Niederlande und Belgiens. Hier stecken gegenwärtig knapp 2% der globalen Frachtkapazität fest.

Der Stimmungsindikator von S&P Global (ehemals IHS Markit) deutet auf eine leichte Erholung in den kommenden Monaten hin. Er fiel zwar im Juli von 53,5 recht deutlich auf 50,8 Punkte, lag damit aber weiterhin etwas über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die ifo-Expporterwartungen haben sich gegenüber dem Vormonat ebenfalls wieder eingetrübt (-0,5 nach +3,4 Saldopunkten). Erstmals seit März überwog damit der Anteil pessimistischer Unternehmen jene Fraktion, die mit einer Verbesserung in den nächsten Monaten rechnet. →

**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT
J. P. MORGAN/IHS MARKIT**



Quellen: J. P. Morgan/IHS Markit, Macrobond

DEUTSCHER AUSSENHANDEL: AUSFUHREN STEIGEN KRÄFTIG – EINFUHREN LEICHT

Das erhöhte Preisniveau der Energieträger macht sich auch im deutschen Außenhandel bemerkbar. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im Juni saisonbereinigt um kräftige 4,3 % gegenüber dem Vormonat. Im Mai hatten sie um moderatere 2,5 % zugelegt. Für das zweite Quartal 2022 ergibt sich damit ein deutliches Plus von 8,8 %. Die Exportpreise sind im Juni um saisonbereinigt 1,0 % gestiegen (2. Quartal: +4,3 %) und dürften den Anstieg der Ausfuhren in realer Rechnung damit (merklich) dämpfen. Nach Bestimmungsländern stiegen die Waren-Ausfuhren sowohl in die EU-Mitgliedstaaten (+3,9 %) als auch in Drittstaaten wie die Vereinigten Staaten (+6,2 %) und China (+2,4 %).

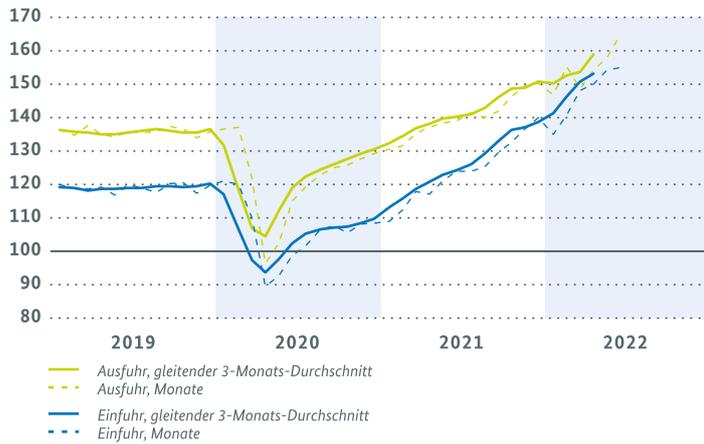
Demgegenüber nahmen die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im Juni gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt leicht zu (+0,6 %). Im Mai waren sie um 2,8 % gestiegen. Im Quartalsvergleich steht ein kräftiger Zuwachs von 8,3 %. Bei nochmals gestiegenen Importpreisen im Juni (+1,2 %; 2. Quartal: +6,2 %) dürfte die reale Entwicklung der Einfuhren zuletzt negativ ausgefallen sein. Die nominalen Waren-Einfuhren aus den Vereinigten Staaten sowie China fielen geringer aus als im Vormonat (-6,6 % bzw. -3,9 %), während die Einfuhren aus der EU leicht zunahmen (+0,3 %).

Im Zuge der außerordentlichen Preisdynamik im Bereich der Energieträger belief sich der monatliche Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Juni auf außergewöhnlich niedrige 16,2 Milliarden Euro. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren monatliche Leistungsbilanzüberschüsse von über 20 Milliarden Euro üblich.

Die deutschen Waren-Ausfuhren nach Russland stiegen im Juni gegenüber Mai saisonbereinigt um 14,5 % (Mai: +29,4 %). Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Waren-Ausfuhren gemäß Ursprungswerten jedoch um 40,3 %. Ein Grund für die Steigerungsraten im Vormonatsvergleich könnte eine Reaktion im Bereich nicht sanktionierter Güter wie zum Beispiel pharmazeutischer Erzeugnisse sein. In den Monaten März und April gab es möglicherweise noch Unsicherheit zur Anwendbarkeit der Sanktionen.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	1,0	5,8	3,8	2,5	4,3
EINFUHR	3,6	8,3	1,1	2,8	0,6
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	11,7	15,2	9,6	21,7	14,6
Eurozone	12,4	16,1	12,6	20,8	15,2
EU-Nicht-Eurozone	12,1	15,0	10,7	17,9	16,2
Drittländer	10,9	14,6	6,7	24,0	13,6
EINFUHR	24,4	28,4	26,1	34,5	24,9
Eurozone	18,7	19,2	19,0	22,7	15,9
EU-Nicht-Eurozone	8,9	17,8	12,1	23,6	17,6
Drittländer	34,9	39,6	36,4	48,0	34,7

* Angaben in jeweiligen Preisen
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Nach dem Lockdown- und Hafestreik-bedingten Einbruch vor zwei Wochen erholt sich das aus China stammende Frachtvolumen wieder. Dennoch bleibt der weltweite Seeverkehr aufgrund von Lieferkettenstörungen und Kapazitätsengpässen angespannt. Auch vor diesem Hintergrund haben sich die ifo-Exportorerwartungen im Juli erneut eingetrübt und liegen nun erstmals seit März wieder im negativen Bereich (von +3,4 auf -0,5 Saldenpunkte). Derzeit rechnen nur rund 12 % der Unternehmen mit einer Verbesserung in den nächsten drei Monaten. Der Ausblick für den deutschen Außenhandel in den kommenden Monaten fällt zusammengekommen eher verhalten aus.

**DIE INDUSTRIE ERHOLT SICH IM JUNI WEITER;
DER AUSBLICK BLEIBT ABER GEDÄMPFT**

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Juni um 0,4 % gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Industrie konnte ihren Ausstoß um 0,7 % erhöhen, während die Produktion im Baugewerbe um 0,8 % zurückging. Im Bereich Energie gab es keine Veränderung (0,0 %).

Innerhalb der Industrie gab es im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile ein kräftiges Plus von 5,5 %. Hier wurde der kriegsbedingte Einbruch im März mittlerweile wieder wettgemacht, die Produktion liegt nun wieder über ihrem Niveau zu Jahresanfang. In den anderen Bereichen der Industrie waren unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen: Im Maschinenbau steigerte sich der Ausstoß leicht um 0,4%. Auch die Bereiche Papier und Pappe (+2,2%) sowie Nahrungs- und Futtermittel (+2,0 %), die im Vormonat teils merkliche Rückgänge gemeldet hatten, steigerten ihre Produktion. Die Herstellung von Metallerzeugnissen (-2,1 %) und chemischen Erzeugnissen (-0,7 %) ging hingegen zurück.

INDUSTRIE

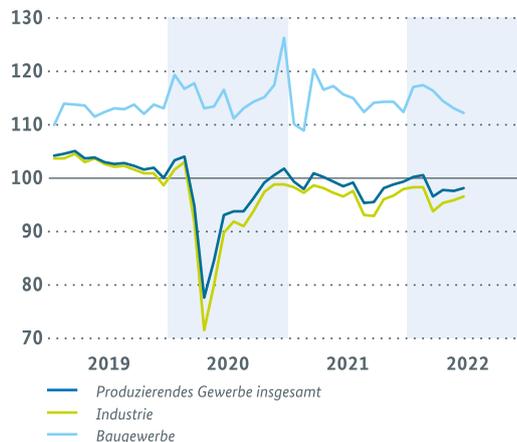
VERÄNDERUNG GGÜ. VORZEITRAUM IN %
(Volumen, saisonbereinigt)

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
PRODUKTION					
Insgesamt	-0,2	-0,9	1,7	0,6	0,7
Vorleistungsgüter	1,0	-1,5	0,7	-0,4	0,3
Investitionsgüter	-2,0	-0,7	3,7	2,2	1,0
Konsumgüter	1,6	-0,1	-0,7	-0,9	1,1
UMSÄTZE					
Insgesamt	0,7	-0,7	0,6	2,5	3,0
Inland	1,6	-1,6	1,0	-0,8	2,9
Ausland	-0,2	0,1	0,3	5,7	3,1
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	2,8	-5,6	-1,7	-0,2	-0,4
Inland	-1,8	-1,1	0,5	-1,5	1,1
Ausland	6,1	-8,6	-3,1	0,7	-1,4
Vorleistungsgüter	-0,2	-3,5	-0,3	-3,2	1,2
Investitionsgüter	4,6	-8,3	-3,3	2,5	-1,8
Konsumgüter	3,3	5,3	4,0	-4,1	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN
GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN**

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Auftragseingänge sind im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,4 % zurückgegangen. In den vier Monaten zuvor waren sie bereits infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine stetig gesunken. Zuletzt gab es unterdurchschnittlich wenig Großaufträge. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen haben sich die Ordereingänge um 0,4 % gegenüber dem Vormonat erhöht. Insgesamt lagen die Auftragseingänge damit zuletzt in arbeitstäglich bereinigter Rechnung 9,0 % unter ihrem Niveau vor Vorjahresfrist.

Ausschlaggebend für die Abnahme im Juni gegenüber dem Vormonat war eine spürbar gesunkene Nachfrage nach Investitionsgütern (-1,8 %). Die Produzenten von Vorleistungs- und Konsumgütern meldeten hingegen Zuwächse um 1,2 % beziehungsweise 1,7 %. Aus dem Inland gingen 1,1 % mehr Bestellungen ein. Die Auslandsnachfrage gab um 1,4 % nach, wobei ein kräftiges Orderminus aus dem Nicht-Euroraum von 4,3 % zu Buche schlägt (Euroraum: +3,4 %). Die gewichtigen Bereiche Kfz/ Kfz-Teile und Maschinenbau verzeichneten leichte Abnahmen der Auftragseingänge um 0,1 % und 0,4 %. Der sonstige Fahrzeugbau meldete einen kräftigen Rückgang um 25,6 %. Zu Zuwächsen kam es indes in den Bereichen pharmazeutische Erzeugnisse (+9,2 %), chemische Erzeugnisse (+1,1 %) und elektrische Ausrüstungen (+0,6 %). →

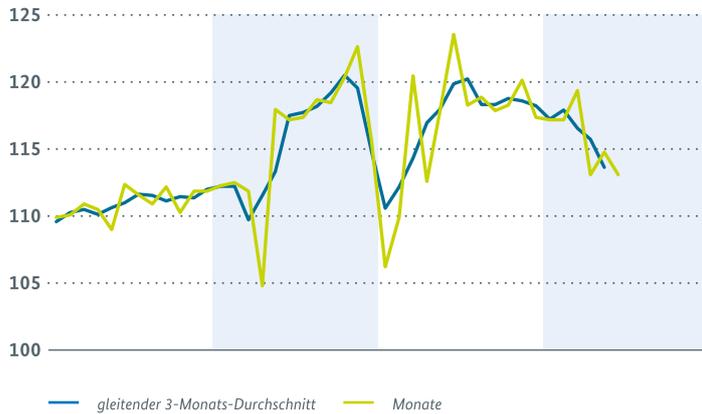
Die Industrie als Ganzes erholte sich auch im Berichtsmonat Juni weiter von dem externen Schock, den sie durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erlitten hatte. Angesichts hoher Energiepreise und der teilweise gestörten Lieferketten zeigte sie damit ihre Widerstandskraft. Aufgrund ihrer Exportorientierung ist die deutsche Industrie überproportional von den Handelsanktionen gegen Russland betroffen. Die Nachfrage verläuft schwach bei abgekühltem Geschäftsklima. Angesichts der erhöhten Unsicherheit durch den Krieg und einer drohenden Gasknappheit bleibt der Ausblick für die Industriekonjunktur im zweiten Halbjahr zurückhaltend.

Einzelhandelsumsatz hat im Vorjahresvergleich kräftig abgenommen

Im Einzelhandel ohne Kfz haben sich die Umsätze im Juni gegenüber dem Vormonat um 1,6 % verringert, nachdem sie im Mai um 1,2 % gestiegen waren. Die Umsätze lagen damit zuletzt um 8,8 % unter ihrem Niveau von einem Jahr zuvor; dies ist die stärkste Abnahme binnen Jahresfrist seit dem Jahr 1994, als die Erhebung der Zeitreihe begonnen wurde. Hauptgrund dafür sind die hohen Preisniveausteigerungen im Einzelhandel. So kam es in nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, binnen Jahresfrist lediglich zu einem Umsatzrückgang von 0,8 %. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im Juni im Vergleich zum Vormonat einen realen Umsatzrückgang von 0,6 % (ggü. Vorjahresmonat -7,2 %) und damit das tiefste Niveau seit Juni 2016. Neben stark gestiegenen Preisen könnte auch das kräftige Umsatzplus in der Gastronomie von 8,6 % den Lebensmittelhandel negativ beeinflusst haben. Beim Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren setzte sich die im bisherigen Jahresverlauf zu beobachtende aufwärtsgerichtete Tendenz nicht fort. Er meldete ein deutliches Minus von 5,4 % (ggü. Vorjahresmonat -10,1 %). Auch im Internet- und Versandhandel verlief die Entwicklung schwach. Er hatte im Juni den stärksten Rückgang gegenüber dem Vormonat seit 1994 von 3,8 % zu verbuchen (ggü. Vorjahresmonat -15,1 %). An den Tankstellen kam es im Zuge

Einzelhandelsumsatz ohne Handel mit Kfz

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

der Einführung des Tankrabattes im Juni zu einem Umsatzplus von 6,4 % (ggü. Vorjahr -8,0 %). Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private Halter ergab sich im Juli erneut eine Zunahme um 1,4 %, nachdem sie bereits in den beiden Vormonaten merklich zugelegt hatten (Juni: +2,6 %; Mai: +5,9 %).

Das Konsumklima setzte gemäß den beiden gängigen Frühindikatoren seine Talfahrt aufgrund der sehr kräftigen Steigerungen bei den Preisen für Energie- und Lebensmittel weiter fort: Für das GfK-Konsumklima wird für August wieder ein neuer historischer Tiefstand prognostiziert. Auch die ifo-Geschäftserwartungen im Einzelhandel trübten sich im Juli weiter merklich ein. Der Saldo der Meldungen erreicht nunmehr ein sehr niedriges Niveau.

Inflationsrate erneut leicht rückläufig

Das Niveau der Verbraucherpreise ist im Juli gegenüber dem Vormonat um 0,9 % gestiegen, was vor allem auf einen deutlichen Preisanstieg bei Pauschalreisen (+15,2 %) zurückzuführen ist. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich wieder spürbar (+2,3 %). Die Preise für Energie gingen indes leicht zurück (-0,3 %).

Die Inflationsrate, also die Entwicklung des Preisniveaus binnen Jahresfrist, ging im Juli zum zweiten Mal hintereinander auf 7,5 % leicht zurück. Dies entspricht einer Abnahme um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat (Juni: +7,6 %). Im Mai hat die Rate mit +7,9 % ihren bisherigen Höchstwert seit dem Winter 1973/74 zu Zeiten der

ersten Ölkrise erreicht. Zu Beginn des Jahres hatte sie allerdings noch unter 5 % gelegen. Maßgeblich für das hohe Niveau der Inflationsrate ist nach wie vor die sehr starke Teuerung bei den Energieprodukten (+35,5 %, Juni: 38,0 %). Das Neun-Euro-Ticket und der Tankrabatt wirken seit Juni leicht dämpfend auf die Inflation. Im Juli wurde zudem die EEG-Umlage abgeschafft. Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel verzeichnete jedoch mit +14,8 % ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung (Juni: +12,7 %). Auch von den Preisen für Pauschalreisen ging erneut ein spürbarer Impuls auf die Inflationsrate aus (+10,1 %). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im Juli unverändert bei +3,2 %. Im Vergleich zur Inflation insgesamt ist das eine eher geringe Rate, zu Beginn des Jahres hatte sie jedoch noch unter 3 % gelegen. Angesichts der anhaltenden Unsicherheit bei den russischen Gaslieferungen ist in den kommenden Monaten weiterhin mit einem starken Preisdruck bei Energie und deshalb auf absehbare Zeit mit hohen Inflationsraten zu rechnen.

ARBEITSMARKT VORERST STABIL, FLUCHT-MIGRATION ERHÖHT ARBEITSLOSIGKEIT

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin vergleichsweise robust, auch wenn die Fluchtmigration aus der Ukraine sich erneut deutlich auf die Arbeitslosigkeit auswirkt. Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Juli saisonbereinigt noch mal kräftig um 48.000 Personen. Der Anstieg ist auf ukrainische Geflüchtete zurückzuführen, die seit Juni in der Grundsicherung erfasst werden. In Ursprungswerten nahm die registrierte Arbeitslosigkeit um 107.000 auf 2,47 Millionen Personen zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren aber immer noch 120.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich der bisherige positive Verlauf weiter fort. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Juni saisonbereinigt um 24.000 Personen. In Ursprungswerten waren damit 45,6 Millionen Menschen erwerbstätig, 610.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es im Mai ein deutliches Plus von 45.000 Personen. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag im Mai bei rund 0,33 Millionen Personen und damit nochmals merklich niedriger als im Vormonat. Auch die Anzeigen gingen weiter zurück. Die Zahl der offenen Stellen stieg für das gesamte zweite Quartal auf ein Allzeithoch. →

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Jun.	Jul.	Jun.	Jul.
Insgesamt	0,1	0,9	7,6	7,5
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,2	0,9	3,2	3,2
Nahrungsmittel	1,0	2,3	12,7	14,8
Bekleidung und Schuhe	0,9	0,8	10,1	10,8
Verkehr	0,2	0,4	1,4	1,7
Pauschalreisen	-6,2	-1,1	8,3	5,4
Energie	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2
Haushaltsenergie	4,2	4,0	7,4	6,1
Strom	0,0	0,2	1,5	1,6
Gas	1,4	1,4	7,0	7,9
Heizöl	0,6	-0,3	38,0	35,7
Kraftstoffe	-0,8	-4,0	46,0	36,6
Dienstleistungen	-0,4	1,3	2,1	2,0
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,2	0,5	-	-

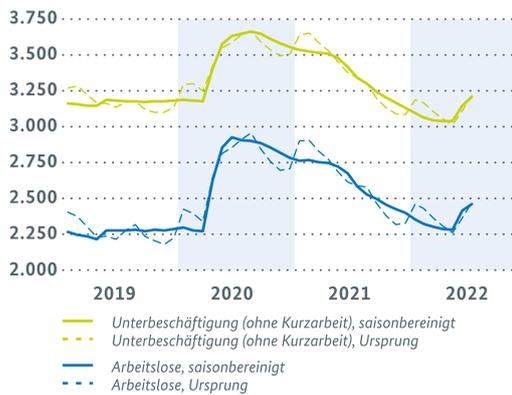
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Nahezu alle Branchen meldeten steigenden Personalbedarf. Die Frühindikatoren fallen am aktuellen Rand verhalten aus. Laut Umfragen sind die Unternehmen zurückhaltender bei der Schaffung neuer Stellen, dennoch liegt die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter auf sehr hohem Niveau. Die Fluchtmigration dürfte auch in den kommenden Monaten zu weiteren Anstiegen bei der Arbeitslosigkeit führen, ihre Intensität aber abnehmen. Das größte Risiko für den Arbeitsmarkt ist ein Gaslieferstopp aus Russland, der zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen dürfte.

WEITERHIN KEIN SIGNIFIKANTER ANSTIEG DER INSOLVENZEN

Die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen der vergangenen beiden Jahre hält weiterhin an und die Zahlen bleiben auch im Jahr 2022 bisher weiter unter Vorjahresniveau. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 lagen die beantragten Unternehmensinsolvenzen um etwa 4 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	1.Q.	2.Q.	Mai	Jun.	Jul.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,417	2,311	2,260	2,363	2,470
ggü. Vorjahr in 1.000	-460	-380	-428	-251	-120
ggü. Vorperiode in 1.000*	-101	5	-5	132	48
Arbeitslosenquote	5,3	5,0	4,9	5,2	5,4

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,2	45,5	45,4	45,5	45,6
ggü. Vorjahr in 1.000	659	664	694	689	610
ggü. Vorperiode in 1.000*	195	133	40	31	24

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	4.Q.	1.Q.	Mär.	Apr.	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,4	34,2	34,3	34,4	34,4
ggü. Vorjahr in 1.000	547	691	698	673	681
ggü. Vorperiode in 1.000*	176	223	31	14	45

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen als Frühindikator für die zukünftige Insolvenzentwicklung ist nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juli 2022 um 4,2 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Damit setzte sich der bereits im Juni 2022 beobachtete Rückgang (-7,6 % ggü. Mai 2022) weiter fort. Ein signifikanter Anstieg der Insolvenzen ist derzeit nicht in Sicht, allerdings stellen die Folgen des Krieges in der Ukraine ein zusätzliches Risiko für die Unternehmen dar, dessen Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen im weiteren Jahresverlauf nur schwer abzuschätzen sind. Experten des IW Halle rechnen aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds für das Gesamtjahr 2022 mit einem etwas höheren Insolvenzaufkommen als im Vorjahr. —

ifo-BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut